

„Es bahnt sich ein Aufstand der Väter an“

Was ist nach einer Trennung das Beste für das Kind? Zwei Expertinnen streiten über das richtige Betreuungsmodell

INTERVIEW: GUNNAR HERRMANN UND JASMIN SIEBERT

Wie sollen Eltern die Betreuung ihrer Kinder nach einer Trennung am besten aufteilen? Über diese Frage streiten Politiker, Experten aber vor allem die Eltern. So hat die Väterbewegung für diesen Samstag zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen, um die Position der Väter zu stärken. Besonders umstritten ist dabei das so genannte Wechselmodell (► **Kasten**).

Die SZ hat zwei Expertinnen zum Streitgespräch gebeten: Hildegund Sünderhauf-Kravets, Rechtsprofessorin an der evangelischen Hochschule Nürnberg, forscht seit 20 Jahren zu Trennungsfamilien und wurde als Befürworterin des Wechselmodells bekannt. Sie plädiert dafür, das Paradigma „einer betreut, einer zahlt“ durch eine gleichberechtigte Verantwortung nach einer Trennung abzulösen. Prominentester Gegner ist der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), der sich für individuelle Lösungen stark macht. Helene Heine, Heilpraktikerin und ehrenamtliche Vorsitzende des VAMV in Bayern, sieht keinen Änderungsbedarf im Familienrecht.

SZ: Was braucht es, um ein Wechselmodell leben zu können?

Hildegund Sünderhauf-Kravets: Ich zitiere da immer gern die Entwicklungspsychologin Linda Nielsen, sie sagt: „two parents, fit and loving“, mehr nicht. Zwei Eltern, die erziehungsgerecht sind, ihr Kind lieb haben und es betreuen wollen. Schule und Kindergarten müssen von beiden Wohnungen aus zu erreichen sein.

Frau Heine, Ihr Verband stellt da weit aus größere Anforderungen an ein gelingendes Wechselmodell.

Helene Heine: Die Eltern müssen in der Lage sein, die Paar- von der Elternebene zu trennen, ihre Konflikte niedrig zu halten und vernünftig zu kommunizieren. Und natürlich müssen auch die Kinder das Wechselmodell wollen und damit zurechtkommen.

Wechselmodell

Die deutsche Rechtsprechung bezeichnet es als Wechselmodell, wenn sich getrennte Eltern die Betreuung ihrer Kinder hälftig aufteilen. Sieht ein Kind den Elternteil, mit dem es weniger Zeit verbringt, häufiger als jedes zweite Wochenende, heißt das „erweiterter Umgang“. Die psychologische Forschung spricht auch bei ungleicher Zeitverteilung ab 30 Prozent vom Wechselmodell, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: Das Kind lebt mit Vater und Mutter Alltag, es ist bei beiden zuhause und nicht zu Besuch. Die Eltern teilen sich die rechtliche, pädagogische und praktische Verantwortung. Andere europäische Länder haben das Wechselmodell vorrangig oder als Anordnungsalternative im Gesetz verankert, das deutsche Familienrecht sieht es nicht explizit vor. NT

Sünderhauf: Kinder haben in der Regel Mama und Papa lieb und wollen mit beiden Zeit verbringen.

Sie wünschen sich, dass der Staat das Wechselmodell fördert. Familie ist ein sehr privater Bereich. Warum soll der Staat überhaupt eingreifen?

Sünderhauf: Ich möchte als Juristin antworten: Wegen Artikel 6 des Grundgesetzes, dem Schutz der Elternschaft: Warum soll ein Elternteil in seinem natürlichen Recht, seine Kinder zu erziehen, eingeschränkt werden, wenn keine Kindeswohlgefährdung vorliegt? Umgekehrt haben Kinder das Recht, von beiden Eltern betreut zu werden. Dann ist da noch Artikel 3: Männer und Frauen sind gleichberechtigt und der Staat wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Das tut er, indem er Gleichstellungspolitik betreibt.

Wie sehen Sie das, Frau Heine? Muss man, wenn man das Grundgesetz ernst nimmt, das Wechselmodell fördern?

Heine: Nein, den Zusammenhang kann ich nicht herstellen. Das Wohl der Kinder muss vor der Gleichberechtigung der Eltern stehen. Es gibt Kinder, die von den ständigen Wechseln krank werden. In Frankreich fordern Kinderpsychiater in einer Petition, dass das Wechselmodell bei Kindern unter sechs Jahren nicht mehr angeordnet werden darf.

Sünderhauf: Es gibt aber auch Millionen Kinder, die unter der Trennung von einem Elternteil leiden und noch als Erwachsene sagen, dass sie ihn sehr vermisst haben.

Heine: Den Kindern geht es gut, wenn ihr Betreuungsmodell funktioniert. In einer ergebnisoffenen Beratung sollte das für die jeweilige Familie beste Modell gefunden werden. Je mehr die Eltern streiten, desto mehr leiden die Kinder.

Sünderhauf: In unserer Gesellschaft ist es leider üblich, über Kinder zu streiten. Unser Recht sollte so umgestaltet werden, dass es Konflikte reduziert statt Anreize zum Streiten zu bieten. Ich habe ein Buch mitgebracht: „Die schmutzigsten Scheidungstricks“. Da kann man genau nachlesen, wie man gemeinsame elterliche Sorge verhindert, indem man möglichst viele Konflikte schürt und dokumentiert. Ich finde es unerhört, dass die Rechtsprechung auf diese Tricks reinfällt.

Zum Streiten gehören immer zwei. Trifft diese Aussage im Familienrecht nicht besonders zu?

Sünderhauf: Ich glaube, dass sie generell nicht stimmt. Ein Einzelner kann mit einer extrem blockierenden Haltung immer Konflikte provozieren.

Heine: Aber es kann aus Sicht des Kindeswohls durchaus gute Gründe geben, sich querzustellen. Zum Beispiel könnte der Vater psychisch krank, drogensüchtig oder gewalttätig sein.

Sünderhauf: Die Mutter aber auch.
Heine: Sicher. Aber es ist eine Unterstellung, dass Mütter ein Wechselmodell nur wegen Macht und Geld verhindern wollen. Kinder haben auch einen Elternteil lieb,

wenn er ihnen Gewalt angetan hat. Für solche Fälle gibt es den betreuten Umgang. Sünderhauf: In Deutschland ist es viel zu leicht, über kindeswohlbezogene Fragen ein Gerichtsverfahren zu starten, das häufig noch durch die Verfahrenskostenhilfe staatlich alimentiert wird. Weil es nichts kostet, wird dann das fünfte Umgangsverfahren durchgeführt. Ich halte es sogar für falsch, dass Rechtsanwälte involviert sind, die Öl ins Feuer gießen. Die Eltern haben keine Rechtsfrage zu klären, sie haben ein Kind, das sie lieb haben.

Wie könnte es besser laufen?

Sünderhauf: Ich fordere, dass Eltern zur Mediation müssen, ehe sie ein Gerichtsverfahren starten dürfen. Seit in Australien Mediation obligatorisch ist, gibt es dort ein Drittel weniger Verfahren.

Heine: Die wenigsten Eltern streiten nach einer Trennung vor Gericht. Nach einer Allensbach-Umfrage ist es nur eine Minderheit, die mit ihrem BetreuungsmodeLL unzufrieden ist. Zugleich gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, dass ein Wechselmodell für sie nicht infrage komme.

Sünderhauf: Ich glaube, dass sich ein Aufstand der Väter anbahnt. Sie sagen: Erst nehme ich Elternzeit, gehe zur Krabbelgruppe und zum Elternabend und mit der Trennung geht's zurück zur alleinerziehenden Mama und zum Wochenendpapa.

Statt dessen sollte Ihrer Ansicht nach das Wechselmodell zum Regelfall werden.

Sünderhauf: Die FDP hat mit dem Begriff Regelfall in ihrem Antrag im Bundestag echt einen Fehler gemacht. Das klingt, als ob man es den Eltern das Wechselmodell oktroyieren wolle. Aber darum geht es nicht. Ein Leitbild ist ein Appell und es würde die Argumentation umdrehen: Man müsste begründen, warum halbe-halbe nicht geht. Heute hängt es vom Richter ab, ob er das Wechselmodell gut findet oder nicht. Aber im Rechtsstaat darf das Ergebnis eines Prozesses nicht von Glück abhängen.



Befürworterin des Wechselmodells: Hildegund Sünderhauf-Kravets, Rechtsprofessorin an der evangelischen Hochschule Nürnberg. FOTO: OH



Gegnerin des Wechselmodells: Helene Heine, Heilpraktikerin und ehrenamtliche Vorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) FOTO: OH



Soll sich der Staat in die Kinderbetreuung nach einer Trennung einmischen? Darüber streiten Politiker, Experten und vor allem Eltern.

FOTO: MONIKA SKOLIMOWSKAJZB/DPA

Kann man von einer Mutter nicht erwarten, dass sie nach der Trennung ihre Arbeitszeit aufstockt, wenn der Vater mitbetreut?

Heine: Viele Mütter stecken nach der Trennung in der Teilzeitalte. Wenn sie wegen der Kinderbetreuung jahrelang beruflich kürzer getreten sind, haben sie ein schlechteres Startkapital als Väter. Das muss ausgeglichen werden. Gelebtes Leben kann nicht zurückgedreht werden: Studien zeigen, dass Mütter in mehr als 80 Prozent der Familien die Hauptbetreuung übernehmen. Viele Väter arbeiten 40 bis 50 Stunden die Woche.

Und das soll Ihrer Ansicht nach für immer so bleiben?

Heine: Wir wollen nicht, dass es so bleibt. Wir sagen nur, es hat sich so entwickelt. Würde die Betreuung in solchen Familien mit der Trennung ad hoc hälftig aufgeteilt werden, wäre das eine Zumutung für die Kinder. Es braucht eine Übergangsphase.

Sünderhauf: In einer kanadischen Untersuchung haben Väter gesagt, sie hätte eine so gute Beziehung zu ihrem Kind bekommen, hätten sie sich nicht von ihrer Frau getrennt. Eine andere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder, die im Wechselmodell leben, sogar ein besseres Kommunikationsverhältnis zu ihrem Vater haben als Kinder, die mit beiden Eltern zusammenleben. Das ist erschreckend, zeigt aber, dass die Trennung auch eine Chance bietet, Rollen neu zu überdenken.

Von Aachen in die weite Welt

Beim Karlspreis geht es diesmal ums „große Ganze“ und die Bundesregierung ist nicht dabei

Aachen – Es mögen drei Sonntagsreden sein, die an diesem Donnerstag im Aachener Rathaus gehalten werden. Aber jedem Redner sieht man an, wie ernst er seine Worte meint. Die Unterlippe von António Guterres zum Beispiel, dem heute wichtigsten Mann unter dem Gewölbe des Krönungssaals, zittert sichtlich, nachdem er gerade seinen leidenschaftlichen Appell für eine erneuerte EU vorgetragen hat: „Jetzt, als Generalsekretär der Vereinten Nationen, spüre ich so klar wie nie zuvor die Notwendigkeit für ein starkes und vereintes Europa!“ Das Aachener Publikum stimmt dem Portugiesen mit Beifall zu – und der Oberbürgermeister der Stadt, Marcel Philipp, hängt dem Ehrengast die Medaille des Karlspreises um den Hals.

Doch trotz aller Feierlichkeit waren die Honoratioren angegriffen. Denn jene Bundesregierung, die in New York gerade um mehr Einfluss in den Vereinten Nationen ringt, hielt es nicht einmal für nötig, beim Ehrentag für den europäischen UN-Chef dabei zu sein. Kein Minister, kein Staatssekretär fand den Weg nach Aachen. Im vergangenen Jahr hielt die Bundeskanzlerin noch die Laudatio auf Emmanuel Macron.

Dabei geht es diesmal um mehr als um den alten Kontinent und den Europäer des Jahres, der die Kaiserstadt alljährlich kürt.

Man habe diesmal „die Flughöhe verändert“, erläutert OB Philipps zur Begrüßung, „weg von der Tagespolitik, raus aus Europa!“ Man wolle „das große Ganze sehen“ – den Planeten also. Der CDU-Politiker spricht von „der Verantwortung, die wir Europäer für die Welt haben“ – und meint den Klimaschutz. Philipps mahnt, „dass es so nicht weitergehen kann, nicht in Europa und nicht in der ganzen Welt“, er schwärmt seinen zumeist gereiften Zuhörern von der jungen Generation vor, die „als großartige Bewegung“ nun freitags nicht mehr zu Schule gehe: „mit Recht“. Hinter ihm nickt Guterres.

Europa, der blaue Planet, das Weltklima – das ist der rote Faden an Himmelfahrt. Als heiße die Parole für Europas Würdenträger ab sofort „Thursdays for Future“. Auch ein König stimmt mit ein. Felipe VI. von Spanien preist António Guterres, den früheren portugiesischen Ministerpräsidenten und UN-Flüchtlingskommissar, für dessen Einsatz für Migranten – und für dessen „Kampf gegen Klimawandel“. Der

Einsatz von Guterres diene „als Ermahnung, dass Europas Traum nicht an seinen Grenzen endet, sondern von Millionen in aller Welt geteilt wird.“

Europäischer Traum? Solche Worte waren tags zuvor selten zu hören. Am Mittwoch hatte sich in Aachen das „Karlspreis-Europa-Forum“ getroffen. Und Annegret Kramp-Karrenbauer war gekommen, um nach der Schlappe ihrer Partei bei der Europawahl nüchtern erste Schlüsse aus der Niederlage der CDU zu wagen. Ihre Partei sei beim Thema Klimawandel „nicht wirklich sprechfähig“ gewesen, räumte die CDU-Vorsitzende ein. Als Volkspartei ringe ihre Union noch immer um eine abgewogene Strategie zu Umwelt und Wirtschaft: „Wir konnten die konkrete Antwort nicht geben“, sagt Kramp-Karrenbauer, weshalb sie „immer in der Defensive“ gewesen sei. „Das hat man gespürt.“

Am Tag vor dem Karlspreis mag Kramp-Karrenbauer keine Visionen riskieren. Keine großen Gesten, wieder keine umfassende Replik auf die EU-Pläne von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Die CDU-Vorsitzende antwortet kleinteilig. Über ein milliardenschweres „Innovationsbudget“ im EU-Haushalt könne man ja reden. Und eine Hürde für einen größeren deutschen Beitrag zur EU-Verteidigungspolitik will sie senken, ein bisschen jedenfalls: Für deutsch-französische Militäreinsätze könne sie sich vorstellen, nicht jedes Mal eine Zustimmung des Bundestags zu verlangen. Es gäbe da „gewisse Einsätze“, bei denen der „Parlamentarvorbehalt anders aufgestellt werden“ könne.

Die Aachener „Flughöhe“ zu Himmelfahrt erreichte Kramp-Karrenbauer damit nicht. Antonio Guterres, der Preisträger, mahnt da die Deutschen, dringend mehr zu tun für den Klimawandel: „Europa muss den Weg weisen.“ Als ein Instrument empfiehlt der UN-Generalsekretär eine „Carbon-Tax“, eine CO₂-Steuer also. Was die Bürger da zahlen, könnten sie bei der Einkommenssteuer zurückbekommen. Wieder brandet Beifall auf. Nur NRW-Landesvater Armin Laschet (CDU) klatscht nicht mit. CHRISTIAN NICKICE

Viele Ideen, kein Beschluss

Das Klimakabinetts berät erstmals über konkrete Maßnahmen gegen die Erderwärmung

Berlin – Der Weg zum Kanzleramt führte die Minister des Klimakabinetts am Mittwoch vorbei an Protesten. Greenpeace-Aktivistinnen hielten den schwarzen Limousinen gelbe Schilder entgegen. Aufschrift: „Die Zeit läuft ab.“ Vorbei mussten Verkehrsminister Andreas Scheuer und Innenminister Horst Seehofer (beide CSU), Finanzminister Olaf Scholz und Umweltministerin Svenja Schulze (beide SPD) sowie Wirtschaftsminister Peter Altmaier und Agrarministerin Julia Klöckner (beide CDU). Als Schulze später die Runde wieder verließ, konnte sie zwar keine Beschlüsse verkünden, aber immerhin etwas, das sie

Keine Auszeiten mehr: In den Sommerferien soll durchgetagt werden

bislang ganz offenbar in dem hochkarätigen Kreis vermisst hatte: „Ich bin sehr zufrieden, dass wir jetzt in einem Arbeitsmodus sind“, sagte Schulze.

Nach der Wahlschlappe vom Sonntag blieb der großen Koalition kaum etwas anderes übrig, als beim Klimaschutz endlich konkreter zu werden. Die Union hatte bei der Wahl 6,5 Prozentpunkte eingebüßt. Die SPD hatte mit 15,8 Prozent historisch schlecht abgeschnitten. Beides hatte heftige Debatten über den eigenen Kurs vor allem in der Klimapolitik ausgelöst. Und so legten die zuständigen Minister am Mittwoch erstmals Vorschläge vor, wie die Regierungsziele für das Jahr 2030 Realität werden sollen.

Besonders Verkehrsminister Scheuer (CSU) stand unter Druck. Mit 163 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr gehört der Verkehr noch immer zu den großen Klimasündern in Deutschland. Er trägt maßgeblich dazu bei, dass Deutschland seine Vorgaben aus dem Abkommen von Paris bislang verfehlt. Scheuer schlug am Mittwoch nun eine Liste von mehr als 50 Maßnahmen vor. Dazu gehört, dass Bahntickets im Fernverkehr durch eine Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent günstiger werden sollen. Der öffentliche Nahverkehr

soll ausgebaut, die staatliche Prämie für den Kauf von Elektroautos verlängert und der Bundesanteil erhöht werden. Unklar ist allerdings, ob sich die Autoindustrie weiterhin an der Prämie beteiligt – und damit auch, ob sie insgesamt wirklich steigt. Außerdem will Scheuer stärker als bisher Kraftstoffe einsetzen, die aus Pflanzen und aus Strom gewonnen werden. Ein bei Umweltschützern ebenfalls umstrittenes Vorhaben, weil Biosprit in derart großen Mengen in Europa kaum verfügbar ist.

Auch in anderen Ministerien sind die Listen der Klimaprojekte lang. Agrarministerin Julia Klöckner (CDU), die vor einigen Wochen bereits Vorschläge eingereicht hatte, kündigte am Kabinettschiff an, Lebensmittelabfälle zu verringern, ökologisch bewirtschaftete Flächen auszuweiten, Mooren besser zu schützen und Wälder nachhaltiger zu bewirtschaften. Innenminister Horst Seehofer, dessen Ministerium auch für das Bauen zuständig ist, will einen Steuerbonus für Hausbesitzer bei energetischen Gebäudesanierungen einführen. Kosten für den Fiskus: eine Milliarde Euro pro Jahr. „Der Austausch alter Heizungen, Fassaden und Dachstühle könnte den CO₂-

Ausstoß bei Altgebäuden spürbar verringern“, sagte Seehofer.

Völlig offen ist bislang allerdings, wie die Maßnahmen, die viele Milliarden Euro kosten, finanziert werden sollen – und damit auch, was davon wirklich umgesetzt wird. Eine Grundsatzentscheidung über Gesetze und Maßnahmen solle im September getroffen werden, teilte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch mit. Diese sollen bis zum Jahresende im Kabinettschiff verabschiedet werden.

Beim Klimaschutz bleiben damit weiterhin wichtige Fragen offen. So vertagte das Gremium auch eine Entscheidung über die Einführung einer CO₂-Steuer. Sie könnte den Ausstoß des wichtigsten Treibhausgases etwa beim Autofahren oder beim Heizen verteuern und letztlich reduzieren. Umweltministerin Schulze spricht sich für ihre Einführung aus, will aber zugleich einen sozialen Ausgleich schaffen. In der Union gibt es massiven Widerstand dagegen. Der Streit könnte sich in den kommenden Monaten weiter verschärfen. Juso-Chef Kühnert sagte nach dem Kabinettschiff, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Klimaschutzgesetz müsse in diesem Jahr kommen. Wenn nicht, stehe für ihn die große Koalition auf dem Spiel.

Die Ziele der Regierung sind ehrgeizig. Bis 2030 will die große Koalition den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 65 Prozent gesteigert und den CO₂-Ausstoß um 55 Prozent gegenüber 1990 vermindert haben. Offen ist nach wie vor, ob die am Mittwoch vorgelegten Vorschläge der Ministerin dafür wirklich ausreichen.

Umweltministerin Svenja Schulze kündigte am Mittwoch an, sie werden nun prüfen, ob wirklich schon alle Weichen für die CO₂-Reduktion gestellt seien. „Das werden Themen der nächsten Sitzungen sein. Wir müssen darauf achten, dass wir uns hier kein X für ein U vormachen.“ Der Arbeitsmodus soll nun weiter gehen. Das Klimakabinetts werde sich nun keine Auszeiten mehr nehmen und auch in den parlamentarischen Sommerferien durchgehen. MARKUS BALSER



Eine CO₂-Steuer könnte den Flugverkehr besonders treffen. FOTO: DPA



Der diesjährige Preisträger, UN-Generalsekretär António Guterres, bei seiner Rede im Krönungssaal des Aachener Rathauses. FOTO: AP